

Die Integration der Flüchtlinge

Aufgabe

- a) Lege eine Tabelle an, in der Du positive und negative Erfahrungen der Flüchtlinge einträgst.
- b) Bewerte, inwieweit die Stadt bei der Hilfe für Flüchtlinge versuchte, den Flüchtlingen ein „menschwürdiges Dasein“ zu bieten.
- c) Nenne die Hürden, die es für die Stadt Rastatt gab, um den Flüchtlingen die nötige Hilfe zu gewähren. Berücksichtige hierbei sowohl die Interessen der Einwohner Rastatts als auch die (fehlenden) Maßnahmen der Reichspolitik.

Infotext

Nach Abschluss des Waffenstillstandsvertrages am 11. November 1918 wurde das Reichsland Elsass-Lothringen, das 1871 vom Deutschen Reich annektiert worden war, besetzt und wieder dem französischen Staat eingegliedert. In Folge dessen wurden ungefähr 150.000 Menschen aus dem Gebiet ausgewiesen. Die meisten davon wurden in Baden aufgenommen. Die Mehrzahl der Ausgewiesenen kam anfangs aus Lothringen, ab Oktober kamen die meisten aus dem Elsass. In Rastatt trafen vor allem Flüchtlinge aus dem Bezirk Weißenburg ein. Das Rastatter Tagblatt spricht im Jahr 1924 von 145 Flüchtlingsfamilien in Rastatt.

Im Dezember 1918 wurde ein „Hilfsbund für die vertriebenen Elsass-Lothringer im Reich“ gegründet, im September 1919 eine Ortsgruppe für Rastatt und Umgebung.

Am 27. Februar 1919 wurde das „Notgesetz für die Vertriebenen aus dem besetzten Elsass-Lothringen“ zur Abhilfe dringender Notstände von der Weimarer Nationalversammlung verabschiedet. Darin wurde beispielsweise festgelegt, dass Flüchtlingsfamilien gegen Vorlage eines Ausweises für die ersten 14 Tage eine Doppelversorgung für die rationierten Lebensmittel bekamen.

Auch das Rote Kreuz kümmerte sich um die Ausgewiesenen. Am 10. Juni 1919 trat eine Kommission zusammen, der Vertreter des Militärs und der Stadt Rastatt angehörten. In der ehemaligen Markgraf-Ludwig-Wilhelm Kaserne in der Bahnhofstraße (auch 111er Kaserne genannt) wurde ein Flüchtlingsheim eingerichtet. Die Übergangsstation sollte am 20. April 1920 geschlossen werden, blieb jedoch wegen der Wohnungsnot bis 1921 offen.

Kasernen wie etwa die Leopold- und die Walkkasernen wurden zu Wohnungen umgebaut, in denen hauptsächlich Flüchtlinge aus dem Elsass unterkamen.

Erschwerend für den Neuanfang war die Tatsache, dass die Flüchtlinge ihren Besitz in Elsass-Lothringen hatten zurücklassen müssen; sie hofften nun auf eine Entschädigung, denn ihr Besitz war vom französischen Staat verkauft worden. Der Artikel 74 des Versailler Vertrages bestimmte, dass Deutschland seine durch Liquidation enteigneten Angehörigen selbst zu entschädigen habe. Die Höhe der Entschädigung richtete sich im Wesentlichen nach der Höhe des erlittenen Schadens. In Rastatt waren zahlreiche Familien untergekommen, die schon in Elsass-Lothringen nur das Allernötigste besessen hatten und für die die Entschädigung durch das Reich gering ausfiel. Darum musste die Stadt auch hier helfend eingreifen und erhebliche Beiträge beisteuern.

Material 1

Rastatter Tageblatt, 16. Januar 1919

Nahezu jeden Abend passierten Emigranten die Schiffbrücke bei Plittersdorf, „nachdem sie eine mühevollen Tagereise hinter sich haben. Müde und hungrig, vielfach auch ohne jegliche Barmittel, betreten sie unseren heimatlichen Boden, meistens ein oder mehrere Bündel armseliger Habe mitbringend. Die Armen erregen das Mitleid der Bewohnerschaft.

Material 2 Zeitzeugenberichte

① Frau B. erinnert sich an ihre erste Zeit im Rastatter Flüchtlingsheim:

Und da wurde dann so langsam das Flüchtlingslager errichtet in der ehemaligen 111er Kaserne in der Bahnhofstraße [...] Man hatte von der Obrigkeit in Rastatt – das hab ich noch gut in Erinnerung, [...] die Geschäftsleute Blechner und Ertel, die haben sich arg um die Flüchtlinge bemüht in Rastatter. Aber [...] die Obrigkeit war überfordert mit den vielen Leuten, die da kamen. Da hieß es eben: da is ein großes Zimmer, net, wie die Kasernenzimmer waren für die Soldaten, da lagen wir auf Strohsäcken, war alles sauber, muss ich schon sagen, aber eben Strohsäcke, und da gab' dann von den Ertels und Blechners Woldecken. Wir hatten zum Glück unsere Federbetten und ich weiß wir hatten so'n großes Zimmer, wir hatten die Ecke für uns. Wir waren bissel abgeschirmt von den anderen und die Frauen, die haben sich dann zusammengetan und haben gesagt: da is ne Küche, wo gekocht wurde für die Soldaten damals, nun kochen wir. Da gab es also so'ne allgemeine Verpflegung.

② Frau E. erzählt: *haben immer zu den Elsässer Wagges gesagt. Das ist ein Schimpfwort im Elsass, Wagges ist ein Spitzbub bei den Elsässern. [...] Da waren wir dann in der 111er Kaserne, also beliebt waren wir gerade nicht.*

③ Herr E., ein Kasernenbewohner, berichtet:

Die, wo gewollt hawe, sin dann aus der Kasern so schnell wie möglich verschwunde, un dann des Gesindel von Rastatt, ehrlich gesagt, da hän se dann au noch da rein. Ware noch paar Elsässer drunter un dann das Rastatter Gesindel. Damals wo wir rüberkomme sin in die 111er Kaserne da ware do echte Elsässer. Wo se da rauskomme sin dann – mer hat erscht die Möglichkeit hawe müsse eine Wohnung zu kriege, gell. Sin se rausgange un dann kame dann die rein, wo keine Miete bezahlt hawe un so. Un dadurch isch dann die Kaserne in'n schlechte Ruf komme, in Wirklichkeit is der schlechte Ruf nicht durch die Elsässer komme, sondern durch die von hier, von Rastatt nun [...] Un das hän se dann verallgemeinert: da drauße in der Kaserne wohnen nur so Asoziale unsoweiter.

(aus: Irmgard Stamm, *Leben an der Grenze*, Stadtgeschichtliche Reihe 3, Frankfurt am Main 1997, S. 124 /143)

Material 3



Eines edlen Menschen Tat und Wort kann auf Erden nicht verrinnen – nicht versiegen unterm Boden rieselt's fort. Lässt den Rasen grüner keimen – Aus dem dunkeln und geheimen Richtet auf was welkend lag. Springt als Quell es einst zu Tag. gewidmet der Stadt Rastatt Herrn Oberbürgermeister Renner Herrn Bürgermeister Götzmann dem Stadtrat und Bürgerausschuß. In dankbarer Erinnerung für die herzliche Aufnahme und aufopfernde Fürsorge von den Els-Lothr-reichsländischen Flüchtlingen

Anno 1927 zu Weihnachten

Es handelt sich hierbei um eine Dankeskarte an die Stadt für deren Engagement, die von den elsässisch-lothringisch-reichsländischen Flüchtlingen ausgestellt wurde.

© Stadtarchiv Rastatt

Material 4



Die Werbung des Werkzeugfachhändlers Gutmann zeigt die alte Adresse in Straßburg, überschrieben mit der neuen Adresse in Rastatt. Noch heute gibt es dieses Geschäft in Rastatt.

© Stadtarchiv Rastatt

Material 5



Familie Hauns vor ihrer Gaststätte im Elsass und in der Bäckerei in Rastatt © Stadtarchiv Rastatt

Material 6

Rastatter Tageblatt, 18. Oktober 1919

In der Bürgerausschusssitzung im Oktober 1919, in der die Wohnungsnot diskutiert wird, gibt es etwas kritischere Töne gegenüber den elsässisch-lothringischen Flüchtlingen.

Herr Peter von der Zentrumspartei *verbreitet sich des längeren über die Ursachen der Wohnungsnot. Rastatt werde besonders von elsässisch-lothringischen Flüchtlingen heimgesucht, was die im Frieden schon bestehende Wohnungsnot noch vermehre.*“

Material 7

Im September 1920 bot das Reich an, 10 Millionen Mark zur Wohnungsbeschaffung zur Verfügung zu stellen, falls die Länder ihrerseits imstande seien, 15 Millionen aufzubringen. Das badische Arbeitsministerium erklärte daraufhin, die Sorge für die Flüchtlinge sei Sache des Reichs, und die Gelder, die der Staat für das Land Baden zur Verfügung stelle, seien nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. In ganz Baden fehlten zu diesem Zeitpunkt rund 2000 Wohnungen für etwa 43.000 Flüchtlinge, von denen mehr als ein Fünftel noch unzulänglich untergebracht war.

Rastatt und andere badische Städte lehnten es ab, weitere Geldmittel zu investieren, mit der Begründung, sie hätten schon große Opfer gebracht, denn die von den Flüchtlingen belegten Wohnungen fehlten schließlich der einheimischen Bevölkerung. Andererseits fand das Stadtoberhaupt, dass seitens der Flüchtlingsorganisation die Bemühungen der Stadt Rastatt nicht gewürdigt und stattdessen „maßlose“ Forderungen erhoben würden.

(Vgl. Ausstellungskatalog, Es lebe das Neue, Rastatt in der Weimarer Republik, S. 123)

Material 8

Noch 1940 klagte Bürgermeister Kalmbacher in einer Bilanz: *Da es sich bei den Flüchtlingen fast ausschließlich um ungelernete Arbeitskräfte handelte, die [...] nicht in Arbeit vermittelt werden konnten, waren diese zum Teil zwei Jahrzehnte hindurch fast ununterbrochen auf die öffentliche Fürsorge angewiesen. [...] Wäre die Flüchtlingsfürsorge nicht gewesen, hätte die Stadt Rastatt 1,8 Millionen Reichsmark Schulden weniger.* © Stadtarchiv Rastatt A 3905

Material 9

Anzeige im Rastatter Tageblatt 26.11.1919

Zeichnet für die Flüchtlinge aus Elsass-Lothringen

Nur weil sie Deutsche sind, mussten sie ihre Scholle verlassen und müssen nun Not leiden.

Aufruf! ... Obwohl die Reichsregierung, ihrer Pflicht bewußt, Geldmittel bereitgestellt hat, reichen diese doch bei weitem nicht aus, um den steigenden Bedürfnissen (Winterkleidung, Wohnbeihilfe, Weihnachtsbescherung für hie heimatlosen Kinder etc.) zu genügen. Deutschland darf diese Flüchtlinge nicht mit leeren Händen

ausgehen lassen. [...] Wer ihnen zeigen will, daß Deutschland noch lebt, wer seinen Dank dafür zum Ausdruck bringen möchte, daß das Elend des Krieges sein Haus verschont hat, der gebe uns, der gebe bald, der gebe reichlich. [...]

Material 10

Rastatter Tageblatt, 22.12.1919

Über eine Weihnachtsfeier mit Bescherung für Flüchtlingskinder

Der Besuch der Veranstaltung war so zahlreich, dass der Raum für die Erschienenen fast nicht ausreichte und manche sich mit einem Stehplatz begnügen mussten. Zwei Christbäume erstrahlten im Lichterglanze und eine große Anzahl Gaben waren zur Bescherung der Kinder aufgestellt. [Anmerkung: aufgrund der Spenden wurden an 200 Kinder Weihnachtsgeschenke verabreicht].

Erwartungshorizont

a)

positive Erfahrungen	negative Erfahrungen
<ul style="list-style-type: none"> - Hilfsbereitschaft der Rastatter Bürger <ul style="list-style-type: none"> ➤ Stellen Woldecken zur Verfügung ➤ Sammeln Kleidung ➤ Organisieren Heimat- und Spendenabende 	<ul style="list-style-type: none"> - Zunehmend kritische Haltung der Rastatter Bevölkerung <ul style="list-style-type: none"> ➤ Werden sozial ausgegrenzt / Wohnungen und Bewohner der Kasernen haben schlechten Ruf
<ul style="list-style-type: none"> - OB Renner sorgt für Wohnungen in Kasernen und Fürsorgeleistungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Sprachprobleme erschweren Integration
<ul style="list-style-type: none"> - Manche schaffen es, neue Existenzen in Rastatt zu finden 	<ul style="list-style-type: none"> - Kommen ohne Hab und Gut > sind auf Unterstützung angewiesen

b) **Bewertung:** Stadt ist durchaus bemüht, schnell Lösungen für die Unterbringung der Flüchtlinge zu finden, und stellt kostenlos Wohnraum zur Verfügung. Doch stößt die Stadt finanziell an ihre Grenzen und kann deshalb nicht ausreichend zur Linderung der Not beitragen

c) **Hürden:**

Rastatt selbst hat eine hohe Quote an Arbeitslosen und Fürsorgeempfängern.

Reich stellt nicht genügend Fördermittel für Flüchtlinge zur Verfügung und kümmert sich nicht konsequent um die Flüchtlingsproblematik.

Zur Info:

Als im Jahr 1934 etwa ein Drittel der Bevölkerung von Sozialleistungen lebte, erklärte das Innenministerium die Stadt Rastatt zur Notstandsgemeinde. Die schlechte wirtschaftlichen Lage der Stadt resultiere aus den finanziellen Belastungen durch die Flüchtlinge, erklärte Bürgermeister Kalmbacher und wies nach, dass man in den Jahren 1919 bis 1923 Darlehen aufgenommen habe, die man nicht mehr habe tilgen können.

Anregung zur weiteren Diskussion: Integration der Flüchtlinge heute